

08.05.2026 | Jagd

Anne Riecke zu TOP 53 "Regulierung invasiver Arten stärken"

In ihrer Rede zu TOP 53 (Regulierung invasiver Arten stärken – Nutria, Marderhund und Waschbär im Fokus) erklärt die jagdpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Anne Riecke**:

„Invasive Arten sind kein abstraktes Naturschutzthema und erst recht keine theoretischen Herausforderungen – sie sind längst konkrete Realität auch hier in Schleswig-Holstein. Sie verdrängen heimische Arten, verändern ganze Ökosysteme und verursachen erhebliche Schäden – für die Natur ebenso wie für Landwirtschaft und Fischerei. Allein in Deutschland sprechen wir über Schäden in immenser Höhe. Ein konkretes Beispiel ist der Selenter See: Dort frisst die Nutria großflächig Schilfbestände und der Landesjagdverband betreut dort sogar das Naturschutzgebiet. Das zeigt doch: Praxisnähe und Naturschutz schließen sich nicht aus, sie gehören zusammen. Das ist ernst. Und das verlangt politisches Handeln.

Der Antrag der Koalition enthält dafür auch richtige Ansätze: etwa den Schutz unserer Deiche und Binnengewässer. Darin sind wir uns alle einig und das unterstützen wir auch ausdrücklich. Entscheidend ist allerdings nicht nur, dass wir handeln, sondern wie. Denn nicht jede gebietsfremde Art ist automatisch problematisch.

Und nicht jede Maßnahme ist automatisch sinnvoll.

Wir Freie Demokraten sagen deshalb: Wir brauchen einen Ansatz, der wirksam, verhältnismäßig und praxisnah ist. Dazu gehören aus unserer Sicht drei Punkte. Erstens: Prävention vor späterem Eingreifen. Wenn sich invasive Arten einmal etabliert haben, sind sie kaum noch zurückzudrängen. Deshalb müssen wir früher ansetzen – dort ist der Einsatz von Mitteln am effektivsten. Zweitens: klare Prioritäten statt Gießkanne. Wir können nicht alles gleichzeitig bekämpfen. Deshalb müssen wir uns auf die Arten konzentrieren, die den größten Schaden verursachen – ökologisch wie wirtschaftlich. Drittens: Zusammenarbeit mit den Akteuren vor Ort. Landwirte, Jäger und Fischer sind keine Zuschauer – sie sind zentrale Akteure. Sie erleben die Auswirkungen unmittelbar und wissen oft sehr genau, wo Handlungsbedarf besteht.

Und genau an dieser Stelle lohnt sich auch ein Blick in andere Bundesländer wie beispielsweise Hamburg und Niedersachsen. Dort hat man einen zusätzlichen, sehr praxisnahen Ansatz gewählt: Man setzt gezielte Anreize für diejenigen, die aktiv zur Eindämmung invasiver Arten beitragen. Das ist kein Selbstzweck. Es ist ein Instrument, um Engagement vor Ort zu stärken und Maßnahmen tatsächlich wirksam zu machen. Denn eines müssen wir uns ehrlich fragen:

Was passiert eigentlich, wenn wir invasive Tiere zwar erfassen wie durch die Fallenjagd, aber keine praktikablen Wege schaffen, mit ihnen umzugehen? Bei einer Fangkorbjagd werden die gefangenen Tiere anschließend entnommen – eine Wiederfreilassung ist bei invasiven Arten rechtlich nicht vorgesehen. Die Realität ist doch: Wer vor Ort Verantwortung übernimmt, steht am Ende auch vor der Frage, wie mit den Tieren konkret zu verfahren ist. Diese Verantwortung einfach auszublenden oder allein den Praktikern zu überlassen, wäre politisch zu kurz gedacht.

Deshalb brauchen wir hier klare, realistische und unterstützende Rahmenbedingungen. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, Anreizsysteme zumindest ernsthaft zu prüfen. Nicht ideologisch, sondern ganz pragmatisch. Führt es zu besseren Ergebnissen? Erhöht es die Wirksamkeit vor Ort? Dann sollten wir uns dem nicht verschließen. Gleichzeitig müssen wir aber auch über die konkrete Ausstattung sprechen: Die 50.000 Euro Unterstützung der Landesregierung sind ein Anfang, aber eben auch nicht viel mehr. Wenn eine Falle rund 500 Euro kostet, reden wir über gerade einmal etwa 100 Fallen im ganzen Land. Ein Fallmelder liegt bei etwa 150 bis 200 Euro pro Stück. Und diese Technik ist entscheidend. Fallmelder reduzieren den Kontrollaufwand erheblich und minimieren Störungen im Revier – denn der Jäger muss nur dann rausfahren, wenn tatsächlich ein Fang erfolgt ist. Das ist effizient, das ist tierschutzgerecht und das ist praxisnah. Aber in dieser Größenordnung bleibt die Förderung ein Tropfen auf den heißen Stein.

Zur Einordnung: Der Landesjagdverband hat bereits vor einigen Jahren rund 100.000 Euro aus eigenen Mitteln für entsprechende Fangsysteme bereitgestellt. Vor diesem Hintergrund ist die aktuelle Förderung zwar zu begrüßen, in ihrer Höhe aber schlicht zu gering. Zumal wir über langlebige Investitionen sprechen. Fanggeräte sind nachhaltig nutzbar, sie sind also keine kurzfristige Ausgabe, sondern eine sinnvolle Infrastrukturmaßnahme. Denn am Ende geht es nicht um Symbolik, sondern um konkrete Ergebnisse im Schutz unserer heimischen Artenvielfalt. Und dafür brauchen wir einen Ansatz, der funktioniert und zwar mit klaren Prioritäten, mit effizientem Mitteleinsatz und mit Vertrauen in die Menschen vor Ort. Dann können wir invasive Arten wirksam begrenzen. Dafür erwarte ich eine ausführliche Diskussion im Ausschuss.“

Sperrfrist Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort.



Anne Riecke

Sprecherin für Bildung, Kultur, Landwirtschaft, Fischerei, Jagd,
Verbraucherschutz, Religion, Minderheiten, Umwelt, Klimaschutz

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de